

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 84 (1990)
Heft: 12

Artikel: Israelische Friedensbewegung im Schatten der Golfkrise - ein Stimmungsbild : der schwierige Dialog zwischen Opfer und Täter ; Es geht um unsere Seele ; Mit Gasmasken den Dialog fortsetzen? ; Verzweiflung ist die herrschende Stimmung

Autor: Livné-Freudenthal, Rachel
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-143584>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Israelische Friedensbewegung im Schatten der Golfkrise – ein Stimmungsbild

Der schwierige Dialog zwischen Opfer und Täter

Heute, im Herbst 1990, über die israelische Friedensbewegung zu sprechen, ist eher verwirrend. Es fehlen die nötigen Kategorien, und es fehlen die Überzeugungskraft und der Glaube an die Macht der Tat. Politische wie auch moralische Kategorien, mit deren Hilfe wir oft Zustände und Perspektiven analysiert und uns selbst die nötige Kraft gegeben haben, scheinen zu versagen. Im Schatten der Golfkrise fragt man sich in Israel: «*Wer ist der Aggressor und wer das Opfer, wer ist bedroht, und wem gehört die ungeteilte Sympathie?*» Es sind Fragen, auf die man nicht so direkt und einfach antworten kann wie noch vor kurzem. Man braucht jetzt differenziertere Sätze, und die Diskussion ist schwieriger geworden. Warum? Was hat sich geändert? Auch auf diese Fragen kann man nicht ohne weiteres antworten. Dem Schein nach hat sich nichts geändert: Die *Okkupation der besetzten Gebiete* ist nicht schöner, nicht weniger grausam geworden. Nach wie vor sind die Palästinenser, die Einwohner der besetzten Gebiete, die Opfer, die Israelis – der Aggressor. Aber dieses ist nur eines von mehreren Gesichtern der heutigen Situation.

Früher haben wir, die israelische Friedensbewegung, unsere Friedenshoffnungen mit klaren politischen Perspektiven verbunden, mit denen wir an die israelische Öffentlichkeit gegangen sind. Unsere Freunde auf der palästinensischen Seite hatten es uns sehr leicht gemacht. Im November 1988 erklärte die PLO, es gäbe nur eine Lösung. Nur die *Zweistaaten-Lösung*, so hiess es in dieser revolutionären Erklärung, werde den Frieden herbeiführen. Dies bedeutete eine gegenseitige Anerkennung der

Ansprüche des anderen auf friedliches und sicheres Leben im eigenen Land.

Wir, die israelische Friedensbewegung, haben gefeiert. Die Perspektive schien so klar und so einleuchtend. Wir haben es uns zum eigenen Ziel gemacht, die Idee der Zweistaaten-Lösung unter den Israelis zu verbreiten und darauf hinzuweisen, dass diese die einzige wahre Perspektive für ein Leben ohne Krieg in diesem Land sei. Als Kronzeugen haben wir uns auf die Friedenskräfte unter den Palästinensern berufen. Mit deren Hilfe ist es uns gelungen, bei vielen Israelis die Barriere der Angst zu überwinden. Wir konnten uns auf die Vernunft beziehen und die *Verweigerungsfront beider Seiten* als die eigentliche Gefährdung darstellen. Darüber hinaus entwickelte sich langsam so etwas wie ein politisches Zuhause für diejenigen, die zu unseren Aktionen, Demonstrationen und Zusammenkünften kamen. Im Inland und im Ausland hatte man angefangen, uns wahrzunehmen. Israel war nicht mehr «der Aggressor» schlechthin, es gab auch Zwischentöne, es gab uns, wir sind zu einem nicht mehr wegzudenkenden Teil der israelischen politischen Landschaft geworden. Auch die Palästinenser haben sich an uns gewandt; es hiess, eine Zusammenarbeit mit uns liege auch in ihrem eigenen Interesse.

So entstand der *Dialog*, zugegeben – ein schwieriges Wort. Denn wie kann man sich einen Dialog zwischen dem Opfer und dem Aggressor vorstellen? Aber gerade darin lag die Bedeutung des Dialoges für uns. Über die politische Forderung nach Verhandlungen hinaus (die wir weiterhin an die Regierung stellten) schien es zum ersten Mal in der israelischen politischen Kultur, dass eine bedeutende Opposition im tieferen Sinne des Wortes entstehen würde.

Es geht um unsere Seele

Früher waren unsere Aktionen vor allem Protestaktionen. Aus Empörung sind wir auf die Strasse gegangen. Die Mehrheit von uns begriff sich als ein Teil des *israelischen Nationalkonsenses*. Die «Einheit der Nation» war für uns früher kein Slogan, sondern eine tiefe Überzeugung. Die Fronten waren klar: «Wenn es einen Krieg gibt», hiess es bei der Bewegung «Frieden jetzt» noch zur Zeit des Libanonkrieges (1982), «müssen wir, die Israelis, zusammenhalten.»

Unsere Protestaktionen fanden innerhalb dieses Nationalkonsenses statt. So haben zum Beispiel nur wenige damals gewagt, den Militärdienst in diesem Aggressionskrieg zu verweigern. Aber dann, und hauptsächlich als Folge dieses Krieges, erschienen die ersten Risse im Mantel der nationalen Einheit. Die ersten Anzeichen einer neuen Einstellung kamen ans Licht. Zuerst in der Literatur und in der Kunst und dann auch in der politischen Kultur im allgemeinen und im Charakter unserer Aktionen. Der nationale Konsens wackelte. Seitdem und verschärft durch den palästinensischen Aufstand, die Intifada, waren immer mehr Israelis bereit einzusehen, dass der Slogan der «nationalen Einheit» zu einem *manipulativen Element* einer verbrecherischen Politik, einer Täter-Politik, geworden war.

In diesem Zusammenhang war der Dialog mit den Palästinensern für uns von grosser Bedeutung. Der Dialog hat die neuen Fronten offenbart: Auf der einen Seite stand die Verweigerungsfront beider Lager und auf der anderen Seite – die *Friedensfront beider Lager*. Auch unsere Aktionen wurden in diesem neuen Zusammenhang begriffen. So konzentrierte sich die Friedensarbeit der «Frieden Jetzt»-Bewegung auf die Gestaltung dieses Dialoges auf unterschiedlichen Ebenen: Es gab Besuche in Dörfern und Städten, öffentliche und nicht-öffentliche Diskussionen etc. Die Aktionen, die lediglich den Charakter eines Protestes trugen, wurden kritisiert und haben nachgelassen. Man bemühte sich vielmehr, die Israelis für unsere Alternative zu gewinnen. Es hiess, die Okkupation werde uns, die israelische Gesellschaft, zugrunde richten.

«Schon jetzt», sagten immer mehr Israelis, «stehen wir vor den Trümmern unserer eigenen Träume, müssen Tag für Tag feststellen, dass die Werte, mit denen wir gross geworden sind, zertreten werden.» Deutlich manifestieren das z.B. die Aussagen von Soldaten, die wegen Misshandlungen von Palästinensern vor Gericht stehen.

Uns wurde immer klarer, dass es jetzt nicht mehr um eine lediglich politische Frage ginge, sondern um unsere Seele, unsere Gesellschaft, unsere Kinder. (Die Soldaten, die vor dem Gericht stehen, sind doch unsere Kinder). Langsam verwandelte sich die Protestbewegung in eine *Friedensbewegung*, die immer mehr auf eine umfassende alternative politische Kultur hinzielte. Gleichzeitig wurde es immer mehr Israelis klar, dass die Voraussetzung für eine neue politische Kultur die Beendigung der Okkupation wäre. Und der Dialog wies darauf hin, dass es – im Gegensatz zu den Verlautbarungen seitens der Regierung – einen Gesprächspartner gab.

Mit Gasmasken den Dialog fortsetzen?

Dann kam die Golfkrise und mischte die Karten neu. Auf den Strassen der besetzten Gebiete wurde *Saddam Hussein* gefeiert, und Führer der Palästinenser im Ausland und im Inland bekundeten laut und deutlich ihre Solidarität mit demjenigen, der uns Israelis zu vernichten droht. Die israelischen Rechten sprachen von der «Entlarvung des wahren Gesichts der Palästinenser». «Seht Ihr», sagten sie uns, «Eure Freunde warten nur auf die Gelegenheit, ganz Israel wieder zu erobern.»

Inzwischen bereitet man sich hier auf den *drohenden Krieg* vor. Wir, Israelis von links und rechts, sind in Gefahr, Opfer eines grausamen Krieges zu werden. Und mit den Gasmasken in der Hand kann man schlecht den Dialog weiterführen.

«Was ist passiert?» fragen wir uns. «Haben wir uns in unseren palästinensischen Freunden geirrt? Haben sie sich gewandelt?»

Prominente Vertreter des israelischen Friedenslagers haben die Freundschaft mit den Palästinensern aufgekündigt. Die Palästinenser haben ihnen vorgeworfen, sie wollten in den Schoss des nationalen Konsenses zurückkehren. «Ihr habt uns gar

nicht zugehört, unsere Erklärungen gar nicht gelesen», sagen sie und meinen vor allem das Fünf-Punkte-Programm Arafats, in dem die PLO u.a. den Rückzug Iraks aus Kuwait fordert. Sie erwähnen die Zwischentöne und die Zwänge, die wir nicht wahrnehmen wollen. Der Dialog scheint abgebrochen zu sein. Wir, Vertreter der Friedenslösung auf beiden Seiten, beschuldigen einander, den Verweigerungsfronten beider Seiten Munition geliefert zu haben. Und nun? Beide Seiten sind in *Warteposition* gegangen. Nur zögernd kommen wir einander wieder näher, suchen Wege, um den Dialog fortzusetzen.

Zuerst müssen die Dinge klargestellt werden: Die Mehrheit des israelischen Friedenslagers befürwortet eindeutig die Fortsetzung des Dialoges. (Manche sagen, Verhandlungen führe man doch immer mit Feinden, andere sehen keine wesentliche Veränderung der Fronten.) Doch es hat sich herausgestellt, dass wir *unterschiedliche Erwartungen* an den Begriff des Dialoges knüpften. Einer unserer Gesprächspartner erklärte neulich öffentlich: «Es gab keine Liebesgeschichte zwischen der israelischen Linken und den Palästinensern, keine Ehe – wir haben sie (die israelische Linke) nicht verraten. Es gibt einen Konflikt, ein Problem und ein gemeinsames Interesse an einer Lösung.»

Eine gewisse *Entfremdung* ist deutlich zu spüren. Wir allerdings wissen, dass wir nicht ganz unschuldig sind. Auch wenn Vertreter der Palästinenser heute die Bedeutung der Solidaritätserklärung mit Saddam Hussein etwas zurücknehmen und diese zum Teil auf die Verzweiflung ihrer Leute zurückführen, so ist es uns und ihnen klar, dass angesichts der Hoffnungslosigkeit in den besetzten Gebieten diese Entwicklung unvermeidbar ist. «Und wo wart Ihr?» fragen sie uns. «Wie weit seid Ihr gegangen, um dieser Eskalation entgegenzutreten?» Denn die breite Masse des israelischen Friedenslagers – vor allem die «Frieden Jetzt»-Bewegung – hat sich immer schon bemüht, ihre Auseinandersetzung mit dem israelischen Konsens in dessen Grenzen zu führen. Diese bestimmten infolgedessen auch die Grenzen der Solidarität mit den Palästinensern, die eine unbegrenzte Solidarität erwarteten. Eine entscheidende Frage ist

zum Beispiel die Frage der Dienstverweigerung in den besetzten Gebieten. Für die Palästinenser und für immer mehr Israelis eine Selbstverständlichkeit (man spricht von Hunderten von Dienstverweigerern), für die Mehrheit der israelischen Friedensbewegung aber – undenkbar.

Während wir uns um die Fortsetzung des Dialoges bemühten, kamen die *Ereignisse auf dem Tempelberg*. Die 17 Toten und mehr als 150 Verletzten rückten das Bild wieder zurecht: Auch angesichts des drohenden Krieges ist die Okkupation weiterhin *der* gefährliche Faktor in diesem Land. Und das Massaker an drei Israelis in West-Jerusalem führte uns die längst bekannte Tatsache vor Augen, dass die Opfer dieser dauernden Okkupation nicht jenseits der «grünen Linie» (der Grenzlinie vor 1967) bleiben werden.

Verzweiflung ist die herrschende Stimmung

Unsere Friedensaktionen liegen brach. Auch Protestaktionen sind jetzt schwieriger geworden. Allein die «Frauen in Schwarz», die jeden Freitagmittag an den zentralen Kreuzungen des Landes gegen die Okkupation demonstrieren, lassen sich nicht durch die Tagesereignisse von der zentralen Frage ablenken. Und dass die *Okkupation die Mutter aller Sünde* ist, darüber sind sich alle einig. Die Verzweiflung ist zur Zeit die herrschende Stimmung. Es ist klar, dass man jetzt keine «Friedensaktion» im früheren Sinne des Wortes durchführen kann, wenn auch nur aus taktischen Überlegungen. Man hat das Gefühl, alles müsse von neuem angefangen werden.

Wir richten uns nach innen. Doch dabei müssen wir feststellen, dass unsere Position innerhalb der israelischen Gesellschaft viel schwieriger ist. Und wieder erhebt sich das Dilemma zwischen der *Loyalität zum Staat* und der *Solidarität mit den Palästinensern*. So scheiden sich die Geister in der Friedensbewegung zum Beispiel in der Frage, ob Israel eine UNO-Kommission wegen der Ereignisse auf dem Tempelberg zulassen soll oder nicht. Auch die allgemein positive Einstellung aller Israelis zur Neueinwanderung aus der Sowjetunion muss den Palästinensern ein Dorn im Auge sein.

Unserer Verzweiflung entspricht die Lage in den besetzten Gebieten. Die *Intifada* ist nicht still geworden – wie bis vor kurzem von Regierungssprechern versichert wurde. Im Gegenteil, sie gewinnt immer mehr an Kraft. Die PLO, die seit langem die Stimme der Vernunft in den besetzten Gebieten vertreten hat, scheint in eine Sackgasse gekommen zu sein: In der internationalen Arena ist sie isoliert, und es fehlt ihr die Finanzierung aus den Golfstaaten. Auf den Strassen der besetzten Gebiete und in den Flugblättern mehren sich die Stimmen, die zum bewaffneten Kampf aufrufen. Die israelische Regierung – der Dynamik der Okkupa-

tion entsprechend – reagiert mit der «starken Hand», und wieder gibt es täglich Tote und Verletzte. Die politische Verhärtung der israelischen Regierung und die verzweifelte Verhärtung im palästinensischen Lager lassen eine weitere Eskalation erwarten.

Und die *Perspektive*? Ich weiss es nicht. Wir, die Friedenskräfte innerhalb Israels, können die Regierung nicht zu Verhandlungen zwingen. Vielleicht liegen Perspektive und Hoffnung in den Händen der übrigen Welt. Und wir? Wir sind da, man kann uns nicht mehr wegdenken aus der politischen Landschaft Israels. Und vielleicht ist dies der Sinn unserer Friedensarbeit.

Es gibt keinen gerechten Krieg

Die Eroberung und Annexion Kuwaits, die Geiselnahme westlicher Ausländer sowie die Ausweisung Hunderttausender zumeist asiatischer Arbeitskräfte durch den Irak stellen eine massive Verletzung des Völkerrechts dar, welche durch die internationale Gemeinschaft und die Weltöffentlichkeit zu Recht verurteilt wird. Unterstützung verdienen auch die von der UNO gegen den Irak verhängten Massnahmen mit der Zielsetzung, dieses Unrecht wiedergutzumachen. Mit jedem Tag wächst aber die Gefahr, dass die im Golfkonflikt am stärksten beteiligten Parteien (der irakische Diktator Saddam Hussein einerseits und einige westliche Staaten unter der Führung der USA andererseits) der Versuchung erliegen, diesen Konflikt mit Waffengewalt zu lösen...

Angesichts dieser Situation möchte die Kommission Justitia et Pax ihrer Überzeugung Ausdruck geben, dass auch in diesem Konflikt das Ziel, die Wiedergutmachung des Unrechts, nicht jedes Mittel heiligt. Auch dieser Konflikt lässt sich nicht durch einen Krieg lösen, da dadurch Böses mit Bösem vergolten und neues Leid und Unrecht geschaffen würde. Überdies ist die Gefahr gross, dass ein solcher Krieg eskalierte und dabei der ganze Nahe Osten in Mitleidenschaft gezogen, Massenvernichtungsmittel eingesetzt sowie das Leben von Millionen unschuldiger Menschen geopfert würde.

Die Kommission Justitia et Pax ersucht daher den Bundesrat dringend, die schweizerische Diplomatie in den Dienst des Friedens im Nahen Osten zu stellen und sich mit allen Mitteln für eine friedliche Lösung des Konfliktes einzusetzen. Dazu gehört auch eine klare Entscheidung gegen jegliche Lieferung schweizerischen Kriegsmaterials an alle an diesem Konflikt beteiligten Parteien. Lässt sich schon das Ärgernis nicht aus der Welt schaffen, dass die Golfregion auch mit Waffen schweizerischer Herkunft ausgerüstet wurde, so sollen solche Lieferungen doch künftig strikte verhindert werden...

Der Golfkonflikt zeigt einmal mehr, dass es nie von Gutem ist, mit Diktatoren zusammenzuarbeiten. Diese Einsicht muss unser Verhalten nicht nur zum Irak, sondern gegenüber allen menschenverachtenden Regimen dieser Welt beeinflussen. Überhaupt darf der Golfkonflikt nicht dazu führen, die kriegerischen Auseinandersetzungen in anderen Ländern des Nahen Ostens (z.B. im Libanon und in den von Israel besetzten Gebieten) sowie in anderen Weltregionen (z.B. in Liberia, Zentralamerika und Afghanistan) zu vergessen. Sie alle bedürfen zu ihrer friedlichen Lösung der Hilfe der internationalen Staatengemeinschaft.

(Aus einem Aufruf der Schweizerischen Nationalkommission Justitia et Pax für den Frieden in der Golfregion)